

Experiment im Armenhaus

ERDBEBEN Der große Geldfluss hat den Karibikstaat zu einem entwicklungspolitischen Labor gemacht

Von Astrid Prange

Jetzt oder nie. Zwei Wochen nach dem Erdbeben hat in Haiti die entwicklungspolitische Stunde der Wahrheit geschlagen. Die Katastrophe mit über 150 000 Toten hat den Karibikstaat zu einem Labor für Wiederaufbau, Staatsbildung und internationale Kooperation gemacht. „Die Haitianer haben jetzt erstmals die Chance, ihrer eigenen Geschichte zu entfliehen“, prophezeit der ehemalige US-Präsident Bill Clinton, Gesandter der Vereinten Nationen auf Haiti. Zum Wiederaufbau gehörten nicht nur neue Häuser und Straßen, sondern vor allem das Schaffen von funktionstüchtigen Regierungsorganen, die es vorher nicht gab.

Die Vision, Haiti in ein Aushängeschild für erfolgreiche Armutsbekämpfung zu verwandeln, hat die internationale Gebergemeinschaft elektrisiert. In dem Armenhaus der westlichen Welt könnten die USA und die Vereinten Nationen ihr angespanntes Verhältnis zurechtrücken und zeigen, zu welchen Leistungen eine UN-Mission bei reibungsloser Kooperation fähig ist. Bevölkerung, Regierung und sogar die Scharen von Exil-Haitianern würden von Anfang an in die Planungen einbezogen.

Auch wenn diese Vision recht unrealistisch erscheinen mag, sie hat bereits zu einem weltweiten Spendenwettbewerb geführt. Die USA überwiesen binnen einer Woche 70 Millionen US-Dollar Nothilfe, Japan bewilligte die gleiche Summe für den langfristigen Wiederaufbau. Brasilien eiste 30 Millionen Dollar an Hilfsgeldern los und verstärkte die UN-Mission Minustah zusätzlich um 1300 Soldaten. Die EU stellt 130 Millionen Euro

für Nothilfe und 200 Millionen Euro für den langfristigen Aufbau zur Verfügung, und Saudi-Arabien gewährte mit 50 Millionen Dollar die größte Spende aus dem ganzen Nahen Osten. Sogar der Internationale Weltwährungsfonds erwägt, Haitis Schulden zu erlassen.

Doch so wichtig die Geldströme für das von Naturkatastrophen gebeutelte Land auch sind, sie können gefährliche Auswirkungen haben. „Die Überladung von Hilfe kann auch zum Problem werden“, warnt Eckhard Deutscher, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses der OECD. Es sei eines der Grundprobleme der globalen Entwicklungszusammenarbeit, dass zu viele Agenturen unkoordiniert nebeneinander arbeiteten. „Ich appelliere an die Geber, sich auf ihre eigenen Zusagen zu besinnen!“, sagt Deutscher.

Ute Koczy, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, legt den Finger in die offene Wunde: „Die Haitianer müssen sagen, mit wem sie zusammenarbeiten wollen“, sagt sie und warnt vor einer Überforderung der haitianischen Bevölkerung. „Wenn die Menschen in Haiti nicht einbezogen werden, klappt der Wiederaufbau nicht.“ Dass Deutschland bei diesem entwicklungspolitischen Experiment keine führende Rolle einnimmt, ist in ihren Augen nur konsequent. Dies, so Koczy, gehöre zur Aufgabenteilung in der Gebergemeinschaft.

Die Interessen für das Engagement auf Haiti sind sehr unterschiedlich. Während Frankreich mit seinem Einsatz versucht, das negative Erbe der über hundertjährigen Kolonialzeit von 1697 bis 1804 auszugleichen, positioniert sich

Brasilien, Anführer der UN-Operation im Land, als regionale Vormacht Lateinamerikas. Kanada, Heimat von über 100 000 Exil-Haitianern, will gegenüber Washington punkten. Und US-Präsident Obama hofft darauf, dass der Hilfeinsatz das Ansehen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika verbessert und Flüchtlingsströme Richtung Norden unterbindet.

Die haitianische Regierung scheint die Gunst der Stunde erkannt zu haben. Premierminister Jean-Max Bellerive kündigte bei der Geberkonferenz in Montreal zu Beginn der Woche an, dass Port-au-Prince das Kommando beim Wiederaufbau übernehmen wolle. „Wir arbeiten unter verschärften Bedingungen, aber wir können die Führungsrolle ausfüllen, die man von uns erwartet“, ließ er die 14 versammelten Geberländer wissen und forderte rund drei Milliarden Dollar für Infrastruktur.

Die Koordination ist ein echter politischer Kraftakt. Denn Haiti wird nach Einschätzung der Uno mindestens zehn Jahre auf internationale Unterstützung angewiesen sein. „Wenn Politiker und Eliten des Landes jetzt einen Sozialpakt schließen und das Gemeinwohl in den Vordergrund stellen, dann überwindet das Land die Tragödie“, erklärt Ricardo Seitenfus, Vertreter der Organisation Amerikanischer Staaten auf Haiti. Alle acht ausländischen Interventionen seit 1990 seien auf politische Probleme im Land zurückzuführen. Das Misstrauen sitzt tief. „Wir wollen Arbeit und keine Almosen“, forderten zu Beginn der Woche protestierende Haitianer vor dem provisorischen Regierungssitz von Staatspräsident René Préval. Das entwicklungspolitische Experiment Haiti hat begonnen.